**Bewerbung und Eigenerklärung**

zum Verhandlungsverfahren -VgV

des Auftraggebers: Klinikum Ab-Alz gGmbH

für das Bauvorhaben: Vergabe von Leistungen der Projektsteuerung für das Neubauprojekt eines Zentral-OPs des Klinikum Aschaffenburg + die Nachnutzung des Alt-OP + die Verlagerung der gynäkologischen Ambulanz

Projektsteuerungsleistungen:

Interessent:

Name des Unternehmens

Rechtsform

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Geschäftsführung

verbundene Unternehmen

**[ ]** Nachweis der Unterschriftsberechtigung ist beigefügt.

**[ ]** Nachunternehmerverpflichtungserklärung ist beigefügt.

**[ ]** Vorlage aus einem Berufs- oder Handelsregister ist beigefügt.

1. **Angaben zum Unternehmensumsatz**

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit es Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen:

2014: 2015: 2016:

davon Eigenleistung:

2014: 2015: 2016:

Falls mein/unser Angebot im anschließenden Vergabeverfahren in die engere Wahl kommt, werde ich / werden wir eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse bzw. entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen vorlegen.

1. **Haftpflichtversicherung**

Eine Haftpflichtversicherung besteht bei

Deckungssumme für Personenschäden

Deckungssumme für sonstige Schäden

Deckungssumme für Umwelthaftung und

Vermögens- und Sachschaden

1. **Angaben zur Unternehmensgröße**

2016 2017 aktuell

Leitendes Personal

Technisches

Personal

Mitarbeiter

**IV. Angaben über vergleichbare Referenzobjekte**

1. **Referenz**

Bezeichnung des Bauvorhabens

Bauherr/Auftraggeber

 Name

 Anschrift, PLZ, Ort

 Name Ansprechpartner

 E-Mail

Ort der Ausführung

Ausführungsdatum

Stichwortartige Benennung der im eigenen Betrieb erbrachten Leistungen:

Projektleiter des Referenzprojektes:

Auftragswert der

beschriebenen Leistungen

1. **Referenz**

Bezeichnung des Bauvorhabens

Bauherr/Auftraggeber

 Name

 Anschrift, PLZ, Ort

 Name Ansprechpartner

 E-Mail

Ort der Ausführung

Ausführungsdatum

Stichwortartige Benennung der im eigenen Betrieb erbrachten Leistungen:

Projektleiter des Referenzprojektes:

Auftragswert der

beschriebenen Leistungen

1. **Referenz**

Bezeichnung des Bauvorhabens

Bauherr/Auftraggeber

 Name

 Anschrift, PLZ, Ort

 Name Ansprechpartner

 E-Mail

Ort der Ausführung

Ausführungsdatum

Stichwortartige Benennung der im eigenen Betrieb erbrachten Leistungen:

Projektleiter des Referenzprojektes:

Auftragswert der

beschriebenen Leistungen

**V. Weitere Erklärungen**

1. **Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation**

**[ ]** Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

**[ ]** Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt; auf Verlangen werde ich/ werden wir ihn vorlegen.

1. **Angabe, dass nachweislich keine sichere Verfehlung begangen wurde, welche die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt.**

**[ ]** Ich/Wir erkläre(n), dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt, z.B. wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132 a StPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten zwei Jahre gegen mich/uns oder Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen:

* Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB)
* Geldwäsche (§ 261 StGB)
* Bestechung (§334 StGB)
* Vorteilsgewährung (§ 333 StGB)
* Diebstahl (§ 263 StGB)
* Unterschlagung (§ 246 StGB)
* Erpressung (§ 265 b StGB)
* Untreue (§ 266 StGB)
* Urkundenfälschung (§ 267 StGB)
* Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB)
* Delikte in Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB)
* Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB)
* Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB)
* Brandstiftung (§ 206 StGB)
* Baugefährdung (319 StGB)
* Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB)
* Unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB)

die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurden.

**[ ]** Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregisterauszug geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500,00 € belegt worden bin/sind.

Es ist bekannt, dass der Auftraggeber gegebenenfalls einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern wird.

1. **Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung**

**[ ]** Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben soweit der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/ werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (soweit mein/unser Betrieb beitragspflichtig ist), eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt) sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG vorlegen.

1. **Angabe, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat**

**[ ]** Ich bin / wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft

Name Mitgliedsnummer

1. **Eigenerklärung, kein Unternehmen in Schwierigkeiten zu sein**

**[ ]** Ich erkläre, dass mein/unser Unternehmen kein Unternehmen in Schwierigkeiten i. S. d. Art. 1 Abs. 4 lit. C) i. V. m. Art. 2 Nr. 18 AGVO (VO [EU] 651/2014) ist.

Hinweis: Ein Unternehmen in Schwierigkeiten liegt vor, wenn

1. Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen, und – in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen – KMU in den sieben Jahren nach ihrer ersten kommerziellen Verkauf, die nach einer Due-Diligence-Prüfung durch den ausgewählten finanzintermediär für Risikofinanzierungen in Frage kommen): Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ insbesondere auf die in Anhang I der Richtlinie 2013/34/EU genannten Arten von Unternehmen und der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.
2. Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen, und – in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen – KMU in den sieben Jahren nach ihrer ersten kommerziellen Verkauf, die nach einer Due-Diligence-Prüfung durch den ausgewählten finanzintermediär für Risikofinanzierungen in Frage kommen): Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften“ insbesondere auf die in Anhang II der Richtlinie 2013/34/EU genannten Arten von Unternehmen.
3. Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzung für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.
4. Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalte und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen bzw. das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.
5. Im Falle eines Unternehmens, das kein KMU ist: In den letzten beiden Jahren betrug
6. der buchwertsbasierte Verschuldensgrad des Unternehmens mehr als 7,5 und
7. das anhand des EBITDA berechnete Zinsdeckungsverhältnis des Unternehmens lag unter 1,0.

Mir/Uns ist bekannt, dass

**[ ]** die jeweils genannten Bestätigungen/Nachwiese zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen auch nach nochmaliger Anforderung nicht vollständig innerhalb der Nachfrist von sechs Kalendertagen vorgelegt werden.

**[ ]** nicht unterschriebene, inhaltlich abgeänderte oder unvollständige Interessenbekundungserklärungen nicht berücksichtigt werden.

Ort, Datum

Firmenstempel / Firmennamen und -anschrift

rechtsverbindliche Unterschrift